

**Eidgenössische Volksinitiative  
«Für den öffentlichen Verkehr»**

Die Volksinitiative lautet:

I

Die Bundesverfassung<sup>4</sup> wird wie folgt geändert:

*Art. 81a (neu) Öffentlicher Verkehr*

Bund und Kantone fördern in allen Landesgegenden den öffentlichen Verkehr auf Schiene, Strasse und Wasser sowie die Verlagerung des Güterverkehrs von der Strasse auf die Schiene.

*Art. 86 Abs. 3, 3<sup>ter</sup> (neu), 4 und 5 (neu)*

<sup>3</sup> Er verwendet für den Verkehr die Hälfte des Reinertrags der Verbrauchssteuer auf Treibstoffen des Landverkehrs. Dieser zweckgebundene Anteil verteilt sich wie folgt:

- a. die eine Hälfte für die Aufgaben nach Artikel 81a; die Förderung erfolgt hauptsächlich über die Finanzierung der Infrastruktur;
- b. die andere Hälfte für die folgenden Aufgaben und Aufwendungen im Zusammenhang mit dem Strassenverkehr:
  1. die Errichtung, den Unterhalt und den Betrieb von Nationalstrassen,
  2. Massnahmen zur Förderung des kombinierten Verkehrs und des Transports begleiteter Motorfahrzeuge,
  3. Massnahmen zur Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur in Städten und Agglomerationen,
  4. Beiträge an die Kosten für Hauptstrassen,
  5. Beiträge an Schutzbauten gegen Naturgewalten und an Massnahmen des Umwelt- und Landschaftsschutzes, die der Strassenverkehr nötig macht,
  6. allgemeine Beiträge an die kantonalen Kosten für Strassen, die dem Motorfahrzeugverkehr geöffnet sind,
  7. Beiträge an Kantone ohne Nationalstrassen.

<sup>3ter</sup> Der Reinertrag der Abgabe für die Benützung der Nationalstrassen wird für die Aufgaben und Aufwendungen im Zusammenhang mit dem Strassenverkehr nach Absatz 3 Buchstabe b verwendet.

<sup>4</sup> SR 101

<sup>4</sup> Reichen diese Mittel nicht aus, so erhebt der Bund einen nach Treibstoffart differenzierten Zuschlag zur Verbrauchssteuer.

<sup>5</sup> Der Reinertrag des Zuschlags zur Verbrauchssteuer auf Treibstoffen des Landverkehrs wird je zur Hälfte für die Aufgaben und Aufwendungen nach Absatz 3 Buchstaben a und b verwendet.

## II

Die Übergangsbestimmungen der Bundesverfassung werden wie folgt geändert :

*Art. 196 Ziff. 3 Abs. 2 Bst. c*

3. *Übergangsbestimmung zu Art. 87 (Eisenbahnen und weitere Verkehrsträger)*

<sup>2</sup> Der Bundesrat kann zur Finanzierung der Eisenbahngrossprojekte:

c. Mineralölsteuermittel nach Artikel 86 Absatz 3 Buchstabe a verwenden;

*Art. 197 Ziff. 8 (neu)*

8. *Übergangsbestimmung zu Art. 86 (Verbrauchssteuer auf Treibstoffen und übrige Verkehrsabgaben)*

Die Zuweisung der Mittel nach Artikel 86 Absatz 3 erfolgt spätestens drei Jahre nach Annahme von Artikel 81a durch Volk und Stände.